



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/233

6. Oktober 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Locarno-Pakt vor 25 Jahren	S.1
Finland nach den Gemeindewahlen - Bericht aus Helsinki	S.3
Stimmzettel - ohne "Nein"	
<u>-Neues Material über den 15. Oktober-</u>	S.4
Stummer Zwischenruf (Glosse)	S.5

Der Locarno-Pakt und sein Urheber

In Paris sitzen zur Zeit deutsche und französische neben anderen Delegierten beieinander, um dem Schuman-Plan Inhalt zu geben. Gerade in diesen Tagen vor einem Vierteljahrhundert, vom 5. bis 16. Oktober 1925, wurde eine zumindest im Ziel sehr ähnliche Anstrengung gemacht. Welch' erschütternd mühselige und kostspielige Umwege haben Deutschland, Frankreich und ganz Europa in den zurückliegenden 2 1/2 Jahrzehnten machen müssen!

Mit dem Locarno-Pakt vom Oktober 1925, als dessen Initiator er anzusehen ist, gelang Stresemann nach dem ersten grossen Krieg der Durchbruch in die Weltpolitik. Die Tatsache, dass Deutschland nach 1918 nur teilweise besetzt wurde und als souveräner Staat erhalten blieb, mochte seine Situation in manchen materiellen und sachlichen Einzelheiten leichter gestalten als nach 1945, psychologisch aber war sie gerade deshalb schwieriger. Stresemann vereinigte für die Repräsentanz einer besiegten Großmacht nach aussen zwei unerlässliche Eigenschaften: unbeirrbares Zählen und guten Willen. Mit dieser glücklichen Kombination hatte er Deutschland bereits 1924 in London geschickt und erfolgreich auf die Spielfläche des internationalen diplomatischen Parketts zurückgeführt. Daß er bei aller Entschlossenheit, die deutschen Interessen gebührend wahrzunehmen, kein eigensinniger und engstirniger Förderer war, bewies er durch das Verständnis, das er dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegenbrachte. Besser als seine Fraktionsgenossen und die ihm nahestehenden Kreise begriff er schon damals das enge Verflochtensein der politischen

Probleme Europas und bekannte sich zu der Notwendigkeit, dass jeder Vorteil auch Opfer erheischt, wenn man der Menschheit den Frieden bewahren will.

Der Pakt von Locarno war der erste überzeugende Niederschlag einer an Leid und Einsicht gereiften staatsmännischen Gesinnung. Er war aber auch ein Beweis für den ehrlichen Willen Frankreichs, nach so viel gegenseitigen Kriegen ein Verhältnis der Eintracht und der Zusammenarbeit mit dem deutschen Nachbarn herzustellen. Sowohl Stresemann wie sein französischer Kollege Briand gingen in Locarno von der Voraussetzung aus, daß sich ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich nie wiederholen dürfe. Zu diesem Zweck hatte Deutschland nochmals freiwillig den Verzicht auf die Remilitarisierung des Rheinlandes und die endgültige Anerkennung der deutschen Westgrenze ausgesprochen. Garantienächte des zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits abgeschlossenen Paktes wurden England und Italien. Zum ersten Mal atmete die Welt nach dem noch immer herumgeisternden Alptraum des Völkermordens erleichtert und befreit auf und begann, der Zukunft mit Vertrauen entgegenzublicken.

Wahrlich nicht ohne Grund: Locarno öffnete die Möglichkeit zu einem, wenn auch vorerst lokal begrenzten "ewigen Frieden". Zwei grosse europäische Völker hatten durch realistische Verzichte - Frankreich durch Aufgabe der Linie Clémenceaus und Poincarés, Deutschland durch seine klare Absage an jede nationalistische Revanche-Idee - das politische und psychologische Gefälle im Grenzland durch eine Atmosphäre wirklicher gegenseitiger Sicherheit bereinigt. Künftige Historiker werden es einmal als eine wahrhaft tragische Entwicklung kennzeichnen, dass es den europäischen Völkern, die mit so viel Besonnenheit und Meisterschaft politische Ressentiments überwandern, einige Jahre später nicht gelang, auch aus der Problematik der Wirtschaftskrise einen konstruktiven Ausweg zu finden: in diesem Falle hätte wahrscheinlich die Geschichte der Vereinigten Staaten von Europa bereits 1925 begonnen.

Klaus-Peter Schulz

- - - -

Finnland nach den Gemeindewahlen

K.R.K. Helsinki

Mit der Partei der Nichtwähler als der stärksten von allen war die Wahl zu den Gemeinden äusserst matt, aber ihre Tendenz war trotzdem eindeutig: Rückgang der Stimmen und Mandate der bürgerlichen Parteien jeder Richtung, Gewinne der Linken, wenn man einmal, mehr vereinfachend als richtig, für die finnischen Kommunisten, die sich euphemistisch Volksdemokraten nennen, diese Standortbezeichnung aus der politischen Terminologie gelten lassen will. Die Sozialdemokraten haben einen Stimmenzuwachs von rund zwei Prozent, die "Volksdemokraten" einen von etwa vier Prozent. Die bürgerlichen Parteien haben 47 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt, die Linksparteien 53. Die Gewinne der Sozialdemokraten sind markant auf dem Lande, die der Volksdemokraten vor allem in den grösseren Städten. Die Zahl der grossen Städte mit "Links"-Mehrheiten hat sich von zwölf auf achtzehn erhöht.

Über die etwaigen politischen Auswirkungen der Wahl lässt sich nur schwer etwas voraussagen. Die Erfolge der sogenannten Volksdemokraten sind diesmal ohne Zweifel auf die verwirrte Lage zurückzuführen, die durch die äusserst ungeschickte Lohnpolitik der agrarischen Minderheitsregierung geschaffen worden ist. Kompromisse zwischen Arbeiterschaft und Regierung in der Lohnfrage sind nach diesem Wahlausgang unwahrscheinlicher als zuvor. Inflation und Streiks, die durch die mißglückte Wirtschaftspolitik der Regierung Kekkonen hervorgerufen worden sind, haben den Kommunisten Auftrieb gegeben und die sozialdemokratische These bestätigt, dass die Regierung Kekkonen der beste Wegbereiter der Bolschewiken ist.

Spätestens 1951 wird das Finnische Parlament neu gewählt werden. Die Partei der politischen Schlafmützen - der Nichtwähler - wird bei dieser Gelegenheit wohl wesentlich einschrumpfen. Ob die Kommunisten die 24 Prozent der Stimmen behalten werden, die sie bei dieser Gemeindewahl für sich buchen konnten, ist zweifelhaft. Und ob die Regierung Kekkonen wird fortsetzen können, wo sie begonnen hat, dürfte wohl auch davon abhängen, wie sich die Agrarpartei im Rahmen der bürgerlichen Gruppe behauptet.

- - - -

Stimmzettel - ohne "Nein"

sp. Wie das Ostbüro der SPD erfährt, wurde der Druck der Stimmzettel für die Wahlen vom 15. Oktober 1950 bereits in der letzten Septemberwoche in Auftrag gegeben. Um zu verhindern, dass die Stimmzettel frühzeitig im Westen bekannt werden und so der Bevölkerung Hinweise zur Umgehung des Wahlmodus und der strengen Wahlkontrolle gegeben werden können, sollen diese Stimmzettel erst am Vorabend der Wahlen in versiegelten Paketen den Wahlleitern übergeben werden. Die Öffnung dieser Pakete darf erst eine Stunde vor der Wahl erfolgen.

Das Muster des in allen Ländern in Auftrag gegebenen Stimmzettels enthält keinerlei Angaben über die auf der Einheitsliste zu wählenden Personen, sondern lediglich einen Hinweis auf das im Wahlgesetz enthaltene Wahlprogramm mit den betrügerischen Parolen "Für Frieden, Einheit, Wohlstand". Für die vier gleichzeitig stattfindenden Wahlen zur Volkskammer, zu den Land- und Kreistagen sowie für die Gemeindevertretungen wird nur ein gemeinsamer Stimmzettel verwandt werden: er enthält nur einen Kreis für die Abgabe der Ja-Stimme. Ein Kreis für eine etwaige Nein-Stimme ist gar nicht erst vorgesehen. Der Stimmzettel enthält lediglich die Anweisung: "Gib den Kandidaten der Nationalen Front Dein Vertrauen, indem Du in obigen Kreis ein Kreuz zeichnest."

In Kreisen des Nationalrates der Nationalen Front erwartet man, daß der sowjetzonale Innenminister als Wahlleiter besondere Verordnungen über den Auszählungsmodus erlassen wird. Man ist der Ansicht, dass diese Bestimmungen, wenn sie einen Wahlsieg sichern sollen, darauf hinauslaufen müssen, jeden abgegebenen Stimmzettel als Ja-Stimme zu werten. Nur Wahlscheine mit Parolen, aus denen unbedingt die Ablehnung ersichtlich ist, sollen als ungültig erklärt werden. Das Durchstreichen des Stimmzettels oder die Abgabe leerer Stimmzettel soll nicht genügen, da diese Stimmzettel mit der Begründung gewertet werden sollen, der Wähler habe sich "nicht ausdrücklich gegen die Liste ausgesprochen".

Der Versuch zur Ungültigmachung soll durch diese Verordnungen nach Möglichkeit völlig unterbunden werden. Aus diesem Grunde sollen die Wahlscheine auf transparentem Papier gedruckt werden. Da der Wahlschein nur einfach gefaltet werden darf, hofft man, dadurch, dass Veränderungen auf dem Wahlzettel für den beobachtenden Wahlvorstand sichtbar sein würden, einen weiteren Druck auf den Wähler zur Abgabe von Ja-Stimmen auszuüben. Aus der Wahl dieses transparenten Papiers ergibt sich zwangsläufig, daß

dem Wähler keine Umschläge gegeben werden, in die er wie üblich den Stimmzettel stecken kann. Der Wahlvorstand soll in den erwarteten Bestimmungen ermächtigt werden, "augenscheinliche Irreführungen" richtigzustellen. Um das Fernbleiben der Bevölkerung von der Wahl zu verhindern (der fast einzigen Möglichkeit, keine Ja-Stimme abgeben zu müssen) werden bereits heute sogenannte Schlepperkolonnen zusammengestellt, die die Bevölkerung eventuell sogar mit Autos an die Wahllokale bringen werden. Die Betriebsbelegschaften sollen in geschlossenen Zügen mit Musik zu den Wahllokalen geführt werden, wenn nicht gar besondere Wahllokale in den Betrieben eingerichtet werden, die im Wahlgesetz zwar nicht vorgesehen sind.

Inzwischen geht der Wahlterror weiter. Die Studenten der Universität Jena wurden gezwungen, eine Liste zu unterschreiben, in der sie sich verpflichten, ihre Ja-Stimme für die gemeinsame Kandidatenliste abzugeben. Ähnliche Aktionen wurden bereits in allen Behörden, Groß- und Mittelbetrieben durchgeführt. In Saalfeld mussten rund 3.000 Rentner beim Abholen ihrer Rente einen ähnlichen Revers unterschreiben, wenn sie nicht der Rente verlustig gehen wollten. Bei der Spielzeugfabrik "Gondka-Werke" in Brandenburg erschien ein sowjetischer Offizier in Zivil und forderte die Belegschaft auf, im Betriebe statt im Wahllokal zu wählen.

- - - -

Stummer Zwischenruf

Die beiden Kammern des sowjetzonalen Volkstags haben - selbstverständlich einstimmig - den Regierungsentwurf über ein neues "Mutter- und Kinderschutzgesetz" verabschiedet, das von dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl als der "krönende Abschluss fortschrittlicher Gesetzgebung" bezeichnet wurde. "Fortschrittlich" bedeutet im östlichen Sprachgebrauch "Planerfüllung". Dazu aber braucht man vor allem Menschen, besser gesagt: Arbeitssklaven. Gerade am "Rohstoff Mensch" mangelt es aber schon jetzt in der Sowjetzone. Diese Lücke zu schliessen, ist Sinn und Ziel des neuen Gesetzes. "In einer Bevölkerung, die sicher ist, dass sie den Plan erfüllt, muss es der Stolz der Mütter sein, mehr als zwei Kinder zu haben", begründete Grotewohl den Entwurf vor den Volksräten. Er sprach auch von der Notwendigkeit, "unsere Bevölkerung quantitativ zu steigern".

Grotewohl hatte aber in seiner Begründung unterlassen, das bei solchen Anlässen übliche Dankeslied auf die Sowjetsoldaten zu singen. Er wird gewusst haben, weshalb. Aber Elli Schmidt, die Vorsitzende des "Demokratischen Frauenbundes", hat das offenbar vermisst. So rief sie

den Abgeordneten zu, daß "der Dank aller deutschen Frauen den Sowjetsoldaten gehört, die uns so selbstlos geholfen haben. Die ruhmreiche sowjetische Armee hat als erste die Frauenbelange in Deutschland erkannt..." "Spontan brauste Beifall auf". (Vergl. Bericht Leipziger Rundfunk). Als er sich gelegt hatte, lief über die Köpfe der erlauchten Versammlung ein Zwischenruf zum Rednerpult, unhörbar und unüberhörbar zu gleicher Zeit: "Frau, komm!"... (with)

- - - - -

Am richtigen Platz

Dem Weimarer SED-Blatt "Thüringer Volk" entnehmen wir folgende Mitteilung:

"Wie uns die Hauptabteilung des Postamtes VI mitteilt, wird der auf dem Altmarkt stehende Zeitungskiosk geschlossen; der Zeitungsverkauf findet dann in der Bedürfnisanstalt statt".

- - - - -

Volkspolizisten tödlich verunglückt.

sp. In Melchendorf bei Erfurt (Thüringen) wurden bei einer Scharfschiess-Übung mit Gewehrgranaten-Munition fünf Volkspolizisten tödlich verletzt. 15 weitere Volkspolizisten wurden so schwer verwundet, dass sie in das Erfurter Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Presse und Rundfunk der Sowjetzone verschwiegen diesen Vorfall.

+

Berliner SSD-Dienststelle vergrößert.

sp. Infolge einer vom Staatssicherheitsministerium der Sowjetzone angeordneten Vergrößerung der Berliner SSD-Dienststellen wurden die im Hause des SSD, Berlin-Lichtenberg, Normannenstrasse, durch das Finanzamt Lichtenberg besetzten Dienstzimmer geräumt. Am selben Tage wurden erhebliche Mengen an Munition sowie Gewehre und Granatwerfer in das SSD-Gebäude geschafft.

+

"Kriegswichtiges" zweites Gleis.

sp. In diesen Tagen soll das zweite Gleis der 100 km langen Strecke Schwarzenberg - Erla - tschechische Grenze mit Anschlußgleis nach Prag, an dem seit dem vorigen Jahr gearbeitet wird, und das im Auftrage der sowjetischen Besatzungsmacht als "kriegswichtiges Objekt" angelegt wurde, fertiggestellt werden. An dem Projekt sollen 200.000 Zwangsarbeiter, darunter 15.000 Strafgefangene aus sowjetzonalen Gefängnissen, beschäftigt sein. Das fertiggestellte zweite Gleis führt über 58 neu zu errichtende Brücken und macht den Bau eines Tunnels von etwa 350 m notwendig. Durch Fehlplanungen des Tunnels ist die Fertigstellung des Projektes verzögert worden. Das zweite Gleis soll in erster Linie dem Abtransport des geförderten Urangesteins dienen.